

Welt der Arbeit

Ausgabe 26

www.weltderarbeit.de

15. Februar 2006

WdA im Februar

„Entlassungsproduktivität“ – das ist das so genannte Unwort des Jahres. Trotz hoher Gewinne vernichten vor allem Konzerne viele Arbeitsplätze und schicken Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit. Die Aktienkurse steigen. Den Produktivitätszuwachs haben sich in den vergangenen Jahren stets die Besitzer von Unternehmens- und Vermögenseinkommen in die Taschen gesteckt. Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten sind dagegen gesunken.

Was das Unwort des Jahres ausdrückt, passt prächtig in den neoliberalen main-stream: Die Lage der Auszubeutenden verharmlosen und schön reden, auf dass Unternehmens- und Konzernprofite erhalten und gesteigert werden. Betroffen sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, betroffen sind im globalen Maßstab ebenso Millionen von Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch davon handelt diese Ausgabe der WdA.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Zerbrechliche Solidarität

Seite 2

Investivlöhne und Kombilöhne

Seite 3

EU-Sozialabbau: Kampf gegen Dienstleistungsrichtlinie

Seite 4

Das Geschäft mit dem Tod, Kapitalismus pur

Seite 5

Mehr Wachstum – weniger Beschäftigung

Seite 6

Welthandel: Die Tyrannei der Reichen

Seite 7

Blick zurück:

Mehr Chancengleichheit durch Europa

Seite 8

SPD kein Partner,

Wieder Exportweltmeister

Seite 9

Schuldenerlass mit Fallstricken, Buchtipp, Kommentar, Impressum

Zerbrechliche Solidarität

Angst ist der stärkste Feind von Solidarität. Das Gegenteil von Solidarität heißt Rivalität. Wo Solidarität fehlt, werden Arbeitnehmer, die aus Angst ihre Rechte und Interessen verdrängen und die Konflikte nicht austragen, von den Nutznießern ihrer Arbeitskraft unerbittlich ausgebeutet.

Mit kollektivvertraglichen Regelungen in Tarifverträgen soll die Konkurrenz der abhängig Beschäftigten untereinander ausgeschaltet oder mindestens erheblich eingeschränkt werden. Das hat nichts mit Gleichmacherei zu tun; denn Tarifverträge enthalten lediglich Mindestnormen, die nicht unterschritten werden dürfen. Doch die Verbindlichkeit von Tarifrechten, die in der Regel solidarisch erkämpft oder verteidigt wurden, hat zunehmend Schaden genommen. Die wachsende Zahl tariflicher Öffnungsklauseln und der steigende Lohndruck durch so genannte Arbeitsmarktreformen haben die Kluft zwischen tariflicher und effektiver Einkommensentwicklung oft mit Zustimmung der zuständigen Gewerkschaft spürbar vergrößert. Allein die IG Metall hat in fast 500 Fällen betriebliche Abweichungen vom Tarifabschluss 2004 der Metall- und Elektroindustrie gebilligt.

Im Mittelpunkt der aktuellen Tarifrunde in unterschiedlichen Branchen stehen die dringend notwendige Erhöhung der Tarifeinkommen und der Kampf gegen Arbeitszeitverlängerungen. Die Gewerkschaften müssen mit breiter Unterstützung der Beschäftigten ein politisches Signal gegen das neoliberale Verzichts-Dogma setzen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn sich auch innerhalb der Gewerkschaften einiges ändert.

Notwendig ist mehr denn je eine zwischen allen DGB-Gewerkschaften verbindlich abgestimmte

Tarifpolitik – unabhängig von regionalen und branchenbezogenen Tarifrunden. Es ist höchste Zeit für eine gemeinsame Tarifbewegung! Die Unternehmerverbände haben sich längst auf gemeinsame strategische und inhaltliche Ziele verständigt. Die Gewerkschaften dürfen nicht mehr nur reagieren!

Gewerkschaftliche Erfolge entstehen vor allem aus der Nähe der Organisation zu ihren Mitgliedern. Die über Betriebsräte/Personalräte und den Gewerkschaftsapparat vermittelte Stellvertreterpolitik ist schon lange nicht mehr erfolgreich. Gewerkschaftsmitglieder müssen wesentlich stärker an der Entwicklung und Entscheidung über kollektivvertragliche Regelungen beteiligt werden. Gewerkschaftsfunktionäre behaupten allerdings, die Mitglieder seien in der Vergangenheit immer weniger zugänglich und kampfbereit gewesen. Mit Ursachenforschung haben solche Behauptungen jedoch wenig zu tun. Vielmehr müssen sich viele Funktionäre fragen lassen, ob sie und wie sie über die politische Entwicklung und die damit verbundenen Gefahren informiert und aufgeklärt haben und wie offen sie mögliche Gegenstrategien mit den Mitgliedern diskutiert haben. Oft genug sind Funktionäre leider überwiegend mit sich selbst beschäftigt.

Solidarität kann sich nur auf der Grundlage von Vertrauen in die gemeinsame Kraft entwickeln. Notwendig sind dazu umfassende Informationen und Diskussionen. Das ist ein Prozess, der zur Erhaltung und Verbesserung von Tarifrechten in den Betrieben so früh wie möglich mit den Beschäftigten entwickelt werden muss. Die Angst vor dem drohenden Verlust der Arbeitsplätze beherrscht die Köpfe. Dagegen hilft nur Überzeugungsarbeit.

Franz Kersjes

Wieder im Angebot:
Investivlöhne und Kombilöhne

Bundespräsident Horst Köhler hält „die Zeit für gekommen, die Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer oder ihre Beteiligung am Produktivvermögen wieder auf den Tisch zu bringen. In der Globalisierung können solche Kapitalbeteiligungen dazu beitragen, einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich entgegenzuwirken“ (Interview mit dem Magazin *stern* vom 29.12.2005). Politiker von CDU, SPD und FDP begrüßten den Vorschlag.

Die Idee der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist so alt wie die Bundesrepublik. Von Zeit zu Zeit entdeckt auch die Politik die ungleichmäßige Verteilung des Produktivitätsfortschritts. Doch die Konzentration des Eigentums an Produktionsmitteln in wenigen Händen steigt weiter. Nun soll der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ideologisch bewältigt werden.

Verzichte auf Realeinkommen

Künftige tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhungen sollen nur noch teilweise an die Beschäftigten ausgezahlt werden. Ein Teil bleibt als Investivlohn im Betrieb. Aus den Beschäftigten sollen dadurch Miteigentümer werden, die an der Gewinnmaximierung „ihres“ Unternehmens interessiert sind. Klar ist aber auch: Neben dem Arbeitsplatzrisiko übernehmen die Beschäftigten dann noch das Kapitalrisiko. Eine Mitbestimmung von Betriebsrat und Belegschaft über die Verwendung des Produktivvermögens ist allerdings nicht vorgesehen. Die Einflussnahme auf Unternehmensentscheidungen bleibt den Beschäftigten verwehrt. Aber die Folgen von Fehlentwicklungen sollen die

Arbeitnehmer mittragen. Das geplante „Zwangssparen“ schafft keine neuen Arbeitnehmerrechte. Und die vorenthaltene Auszahlung von Lohn- und Gehaltsbestandteilen schwächt die Kaufkraft zusätzlich.

Keine Priorität für Investivlohn

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind reale Einkommenssteigerungen, die Sicherung und Verbesserung sozialrechtlicher Ansprüche wie Lohnfortzahlung, Rente, Arbeitslosenunterstützung erheblich wichtiger als mikroskopische Eigentumsanteile an Unternehmen. Der Investivlohn kann bestenfalls auf der Tagesordnung von Tarifverhandlungen stehen, und zwar nur dann, wenn außer der vollständigen Nutzung des Verteilungsspielraums (Produktivitätssteigerung plus Preissteigerung) zur Erhöhung der Tarifeinkommen auch Umverteilungskomponenten durchgesetzt werden können. Erforderlich wären dann jedoch überbetriebliche Fondslösungen („Tariffonds“), die von den Unternehmern bislang allerdings abgelehnt werden.

CDU will Kombilöhne

Die CDU will zum 1. Januar 2007 den Kombilohn einführen. Mit staatlichen Zuschüssen soll der Niedriglohnsektor ausgeweitet werden, weil angeblich Arbeitsangebote für gering qualifizierte Arbeitslose fehlen. Aber zurzeit arbeiten bereits rund 18 Prozent der Vollzeitbeschäftigten zu Niedriglöhnen.

Wesentliches Argument für die Einführung von Kombilöhnen ist die Behauptung, Geringqualifizierte könnten anders nicht in

Arbeit kommen. Tatsache aber ist, dass von den schon jetzt im Niedriglohnsektor arbeitenden Beschäftigten nur 15,2 Prozent ohne Ausbildung sind und mehr als die Hälfte zumindest eine abgeschlossene Berufsausbildung, wenn nicht sogar Abitur oder einen Hochschulabschluss vorweisen können. Von Niedriglöhnen betroffen sind vor allem Frauen. Obwohl ihr Anteil an allen Vollzeitbeschäftigten nur bei 34,9 Prozent liegt, stellen sie im Niedriglohnsektor mit 57 Prozent die Mehrheit.

Das bislang größte Kombilohn-Projekt war das Mainzer-Modell. Doch die Zahl der geförderten Menschen blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Das Institut für Arbeit und Technik (IAT) hat das Projekt wissenschaftlich begleitet und herausgefunden, dass es für Unternehmer kein Problem ist, auch schlecht bezahlte Stellen zu besetzen, egal ob mit oder ohne staatliche Zuschüsse. Deshalb habe das Modell wohl kaum neue Jobs geschaffen, erläuterte Forschungsdirektorin Claudia Weinkopf. Sie vermutet auch, dass die Mitnahmeeffekte relativ groß waren. Das IAT hat ebenfalls festgestellt, dass es auch für einfache Jobs keinen Mangel an Bewerbern gebe. Es gibt offensichtlich für ein Unternehmen keinen Grund, Arbeitslose einzustellen, nur weil diese Geld vom Staat erhalten.

Arbeitsmarktpolitische Erfolge sind mit dem Kombilohn-Modell also nicht zu erreichen. Gefördert werden nicht die gering Qualifizierten, sondern die geringe Entlohnung. Dagegen helfen nur branchenbezogene gesetzliche Mindestlöhne. F.K.

Wir wollen auf Erden schon glücklich sein!

Der Todestag des großen, ins Exil getriebenen Dichters **Heinrich Heine** jährt sich in diesem Monat zum 150. Mal. Er war am 13. Dezember 1797 in Düsseldorf geboren worden und starb am 17. Februar 1856 in Paris. Heine liebte Deutschland und seine Sprache; er dachte stets voll Sehnsucht an seine Heimat – und beschrieb die politisch reaktionären Verhältnisse dort doch immer mit Ironie und beißender Kritik.

Die folgenden Verse finden sich am Anfang (Caput I) von „Deutschland. Ein Wintermärchen“. - Die geschilderte Situation: Heine unternimmt von Frankreich aus einen seiner seltenen Besuche in Deutschland und trifft kurz hinter der Grenze „ein kleines Harfenmädchen“:

*Sie sang vom irdischen Jammertal,
Von Freuden, die bald zerronnen,
Vom Jenseits, wo die Seele schwebt
Verklärt in ew'gen Wonnen.*

*Sie sang das alte Entsagungslied,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.*

*Ich kenne die Weise, ich kenne den
Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.*

*Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.*

*Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule
Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.*

*Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrten, Schönheit
und Lust,
Und Zuckerbirnen nicht minder...*

EU-Sozialabbau

Kampf gegen Dienstleistungsrichtlinie

Europas Gewerkschaften haben ihren Widerstand gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie erheblich verstärkt. In Berlin und Straßburg protestierten am 11. und 14. Februar jeweils mehr als 40.000 Menschen gegen einen Dumping-Wettbewerb in Europa.

Am 23. November 2005 hatte der federführende Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments mehrheitlich dem Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie zugestimmt. Die Beratungen im Plenum des Parlaments haben am 14. Februar begonnen, und am 16. Februar soll abgestimmt werden. Nach der ersten Lesung wird sich der Rat der 25 nationalen Regierungen auf einen Beschluss für eine Dienstleistungsrichtlinie verständigen müssen. Dabei ist er nicht an die Entscheidung des Europaparlaments gebunden. Nach einer zweijährigen Umsetzungsfrist kann die Richtlinie dann in Kraft treten.

Die Gewerkschaften kritisieren vor allem das im Entwurf der Richtlinie verankerte Herkunftslandprinzip, das Dienstleistungen auf der Basis der Rechtsgrundlagen des jeweiligen Herkunftslandes ermöglichen soll. Es soll nur wenige Ausnahmen geben, darunter für das Gesundheitswesen und für das Arbeitsrecht. Das Tarif- und das Mitbestimmungsrecht fallen jedoch nicht unter die Ausnahmeregelungen. Ebenso problematisch ist die Einbeziehung der Leiharbeit in die neue Richtlinie. Die Seriosität der Anbieter kann demnach nur im Herkunftsland überprüft werden.

Die Gewerkschaften fordern:

> Die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich der Kontrollen muss, soweit keine europäischen Regelungen bestehen, nach dem Recht des Landes geschehen, in dem die Dienstleistung erbracht wird. Deshalb: Weg mit dem Herkunftslandprinzip!

> Bewahrt die Schutzrechte der Arbeitnehmer! Alle Regelungen, die das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber betreffen, besonders das Arbeitsrecht, einschließlich der Mitbestimmung im kollektiven Arbeitsrecht, des Tarifvertragsrechts, des Streikrechts und der sozialen Sicherung müssen von der Richtlinie unberührt bleiben.

> Die Leistungen der Daseinsvorsorge müssen gesichert bleiben! Sie müssen deshalb vollständig aus der Richtlinie ausgenommen werden. In besonderer Weise gilt dies für Gesundheit, Bildung und soziale Dienste.

> Schutz für Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen, die grenzüberschreitend eingesetzt werden! Die Tätigkeit von Leiharbeitsagenturen muss aus der Richtlinie ausgenommen werden.

Auch die Bundesregierung soll sich für die geforderten Änderungen einsetzen. Sie entscheidet im Europäischen Rat maßgeblich mit. Der DGB befürwortet einen Dienstleistungsbinnenmarkt, der systematisch auf der Harmonisierung der Rahmenbedingungen und auf gemeinsamen Regelungen aufbaut. Das Herkunftslandprinzip widerspricht dagegen allen Bemühungen um eine europäische Integrationspolitik.

Das Geschäft mit dem Tod

Eine kritische Bilanz der durch die Bundesregierung erteilten Genehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen zieht die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) in ihrem Rüstungsexportbericht 2005. Die rot-grüne Bundesregierung habe im Jahr 2004 für Stabilität auf hohem Niveau gesorgt. Zwar liegt, so heißt es in der Studie, der Wert mit 3,8 Milliarden Euro unter dem des Vorjahrs; denn 2003 machten die Genehmigungen 4,8 Milliarden Euro aus. Aber die Zahlen für 2004 lagen über denen für 2002 und 2001. Fazit: Deutschland ist nach wie vor der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt – hinter den USA, Russland und Frankreich.

Grundlage für den GKKE-Bericht sind die Daten der Europäischen Union vom November 2005, da die Bundesregierung ihren Bericht über die Rüstungsexporte im Jahr 2004 immer noch nicht vorgelegt hat. Insgesamt ist das Niveau deutscher Exporte deutlich höher als noch in den Neunzigerjahren. „Beim Rückblick auf die Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung ist festzuhalten, dass der Anspruch auf Zurückhaltung bei den Rüstungsexporten nicht eingelöst worden ist. Die Bilanz ist mager und enttäuschend“, erklärte Karl Jürsten, Vorsitzender der GKKE. Auch die neue schwarz-rote Bundesregierung hat in ihren spärlichen Aussagen zu den Rüstungsexporten in der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005 keine Verpflichtung für eine restriktive Praxis abgegeben.

Weltweit werden in jedem Jahr etwa eine halbe Million Menschen durch Waffengewalt getötet – ein Mensch pro Minute! Die weltweiten Militärausgaben überschreiten die astronomische Summe von einer Billion US-Dollar jährlich. Allein die USA haben daran einen Anteil von 47 Prozent, die EU-Staaten teilen sich weitere 25 Prozent. In krassem Widerspruch dazu stehen die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und menschliche Entwicklung mit nur 78 Milliarden US-Dollar. Das UNO-Budget für Friedenssicherung beträgt gerade mal 3,5 Millionen Dollar.

Das Geschäft mit dem Tod läuft weiter auf Hochtouren. Für einen großen Teil exportierter Waffen, die in Kooperation mit anderen Ländern hergestellt werden, gelten die „strengen“ deutschen Ausfuhrbestimmungen schon lange nicht mehr. In Konkurrenz zu den US-Konzernen fusionieren und kooperieren die europäischen Hersteller. In deren Absatzinteresse werden Rüstungsproduktion und –export politisch immer mehr Angelegenheiten der Europäischen Union.

Seit Jahren weigern sich die jeweiligen Bundesregierungen, Rüstungsexporte in allen notwendigen Details offen zu legen. Bis heute werden wichtige Exportentscheidungen im geheim tagenden Bundessicherheitsrat gefällt. Trotz zahlreicher Lippenbekenntnisse fehlt der politische Wille, Rüstungsexporte mindestens dann zu verbieten, wenn ihr Gebrauch zu Menschenrechtsverletzungen beitragen könnte.

Führende Friedensforschungsinstitute fordern in ihrem Jahresgutachten 2005 die Industriestaaten nachdrücklich auf, zu einer koordinierten, weit-sichtigen Politik der Rüstungskontrolle und der Abrüstung zurückzukehren. Dies sei eine unverzichtbare Voraussetzung, um die Abrüstungsforderung gegenüber der übrigen Welt glaubwürdig vertreten zu können. K.

Kapitalismus pur

Löhne sinken, Profite steigen: Die Lohnquote, das ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, ist mit 67 Prozent auf den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik zurückgefallen. Weiter geöffnet hat sich die Schere zwischen den Gewinnen der Unternehmen und den Einkommen der Arbeitnehmer. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind im vergangenen Jahr um 6,1 Prozent gestiegen (2004: +11,7%). Allein die 30 Dax-Konzerne haben im vergangenen Jahr über 18 Milliarden Euro Dividenden an ihre Aktionäre ausgezahlt. Um ein halbes Prozent sind 2005 die „Arbeitnehmerentgelte“ gesunken. Darin enthalten sind die Löhne und Gehälter und auch alle Sozialabgaben. Berücksichtigt man noch die Preissteigerungsrate, beträgt der reale Einkommensverlust für die Arbeitnehmer sogar 2,5 Prozent. Den 26-Milliarden-Zuwachs am Volkseinkommen haben sich im vergangenen Jahr ausschließlich Reiche in ihre Taschen gesteckt.

Fusionen für 2,7 Billionen Dollar: Im Jahr 2005 verzeichnete die Weltwirtschaft die stärkste Fusionsaktivität seit fünf Jahren. Eine Studie des Finanzdienstleisters Thomson Financial ergab, dass der Wert weltweit angekündigter Firmenzusammenschlüsse bei 2,703 Billionen Dollar (2,282 Billionen Euro) lag. Damit habe das Volumen der Transaktionen um 38 Prozent über dem des Jahres 2004 gelegen.

Mehr Wachstum – weniger Beschäftigung

Die Globalisierung schafft weder neue qualifizierte Arbeitsplätze noch vermindert sie die Armut. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in einer Untersuchung der weltweiten Beschäftigungstrends.

„Aus diesem Bericht lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die Schaffung besserer Arbeitsplätze und höherer Einkommen für Arbeitnehmer derzeit für die Politik keine Priorität hat“, sagte ILO-Generalsekretär J. Somavia. „Bisher hat der Globalisierungsprozess nicht zur Schaffung von ausreichenden und nachhaltigen Arbeitsplätzen und menschenwürdiger Arbeit beigetragen. Das muss sich ändern. Die Schaffung menschenwürdiger Arbeit muss ein zentrales Ziel aller Wirtschafts- und Sozialpolitik sein.“

Löhne unter der Armutsgrenze

Sogar dort, wo Arbeitsplätze geschaffen werden, entstehen nicht automatisch ausreichende Arbeitnehmer-Einkommen, die zur Überwindung der Massenarmut beitragen könnten. Oft liegen diese Einkommen weit unterhalb des Niveaus, auf dem Arbeit als befriedigend und produktiv erlebt werden kann. Die Zahl der berufstätigen Frauen und Männer, die mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen müssen, ist in der vergangenen Dekade mit 1,38 Milliarden Menschen nicht geringer geworden.

Zwischen 1991 und 2000 stiegen die Löhne für höher qualifizierte Berufe weltweit schneller als für gering qualifizierte. Zwar lässt dieses Ergebnis nicht auf eine generelle Verschlechterung der Löhne für niedrig qualifizierte Arbeitnehmer schließen; aber

trotzdem kann man daraus in den Neunzigerjahren auf eine größer werdende Lohnungleichheit zwischen Hoch- und Geringqualifizierten schließen.

Der Bericht basiert auf der Analyse von 20 Schlüsselindikatoren des Arbeitsmarktes, sowohl quantitativen Indikatoren wie Erwerbsbevölkerung, Arbeitslosigkeit, Beschäftigungselastizität, sektorale Beschäftigung und Arbeitsproduktivität als auch qualitativen Indikatoren wie Arbeitszeit, Löhne, Beschäftigungsstatus und Dauer der Arbeitslosigkeit.

Wachstum ohne Beschäftigung

In den vergangenen Jahren gab es zwischen Wirtschaftswachstum und Schaffung von Beschäftigung einen weniger deutlichen Zusammenhang. Offenkundig blieb aber: Wachstum bringt nicht automatisch neue Arbeitsplätze.

Im Nahen Osten und in Afrika war das Wachstum noch relativ beschäftigungsintensiv. Dort gab es Beschäftigungszuwächse zwischen 0,5 und 0,9 Prozentpunkten für jeden zusätzlichen Prozentpunkt, den das Bruttoinlandsprodukt anstieg. Ein Blick auf andere Indikatoren zeigt jedoch, dass der größte Teil des Beschäftigungswachstums dieser Regionen in die Kategorie „selbstständig“ fällt – und diese umfasst überwiegend Beschäftigte in der informellen Wirtschaft, wo die Arbeitsbedingungen in der Regel sehr schlecht sind. So ist in Afrika südlich der Sahara die Zahl der Arbeitenden, die von weniger als einem US-Dollar täglich leben, auf 28 Millionen Menschen gestiegen.

Im Gegensatz hierzu war die wirtschaftliche Expansion in Ostasien ausreichend, um Beschäftigungs-

wachstum und höhere Produktivität zu schaffen und dadurch die hohe Armutsrate zu verringern. In Lateinamerika gab es dagegen zwischen 1999 und 2003 einen Rückgang des Beschäftigungswachstums zu verzeichnen.

Arbeitskosten nicht zu hoch

Keinen Beleg haben die Experten für die weit verbreitete Annahme gefunden, die Wettbewerbsfähigkeit der so genannten Hochlohnländer werde unmittelbar durch die Staaten mit geringen Arbeitskosten bedroht. Vielmehr sei in diesen Regionen auch die Produktivität besonders niedrig. Zudem seien im Verhältnis zwischen den USA und Europa nicht die Arbeitskosten ausschlaggebend gewesen; vielmehr seien die 15 Nationen der alten EU zurückgefallen, weil ihre Industrie im Produktivitätswettbewerb nicht mithalten können und weil sie die Euroaufwertung geschwächt habe.

In den Ländern Zentral- und Osteuropas führte der Übergang zur Marktwirtschaft zu einer höheren Produktivität, aber auch zu höherer Arbeitslosigkeit. Die neuen EU-Mitgliedstaaten verfügen über einen erheblichen Konkurrenzvorteil angesichts von Lohnstückkosten, die nur annähernd 70 Prozent des US-Niveaus erreichen. Doch die Bevölkerung profitiert, was Arbeitsplätze und Löhne angeht, von der höheren Konkurrenzfähigkeit nicht. Die Region hat eine der höchsten Arbeitslosenraten weltweit zu verzeichnen.

Weitere Infos unter www.ilo.org

Welthandel

Die Tyrannei der Reichen

Der Welthandel wird organisiert. 1994 wurde die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet. Ihr gehören zurzeit 149 Staaten an, darunter als eigenständiges Mitglied auch die Europäische Union. Die WTO will alle zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen und den Dienstleistungsverkehr sowie den weltweiten Schutz des geistigen Eigentums regeln und überwachen. Ziele sind die Ausweitung des Welthandels und die optimale Nutzung der weltweiten Ressourcen.

Moderner Kolonialismus

Die Vertreter der Mitgliedsländer der WTO treffen sich in unregelmäßigen Abständen, um über Zollsätze und Importquoten, über Patentrechte und Anti-Dumping-Gesetze zu verhandeln. Sie legen fest, wer Zugang zu welchen Märkten erhält. In der WTO gilt das Prinzip „ein Land – eine Stimme“. Und jedes Land soll zustimmen, ehe ein neuer Vertrag zustande kommt. Dominiert wird die Meinungsbildung von einer Quadriga aus den USA, der EU, Japan und Kanada. In dieser kleinen Gruppe handeln die mächtigen Länder untereinander Kompromisse aus, die sie anschließend den anderen WTO-Mitgliedern als mehr oder weniger vollendete Tatsachen präsentieren. Und das heißt: Es kommt in der WTO nie zu irgendwelchen Abstimmungen, bei denen die Entwicklungsländer ihre Mehrheit nutzen könnten. Das ist eine moderne Form des Kolonialismus.

Worum geht es?

Hauptstreitpunkt ist nach wie vor die Agrarwirtschaft. Mit rund 350 Milliarden Dollar subventionieren die Industrieländer, vor allem die

USA und die Europäische Union, jährlich ihre Landwirtschaft. Die Überschüsse werden zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt gedrückt. So werden die Entwicklungsländer zu Agrarimporteuren, während ihre Bauern aufgeben müssen.

Des Weiteren geht es in der WTO um die Liberalisierung bzw. Privatisierung des Dienstleistungssektors. Dazu gehören öffentliche Verkehrsmittel ebenso wie Rentenversicherung und Wasserversorgung. Besonders Großkonzerne haben ein Interesse daran, ihre Dienste weltweit zu vermarkten. Schließlich geht es um Patente für immer neue Produktionsbereiche. Vor allem jagt die Pharmaindustrie nach Profiten ohne Rücksicht auf die Gesundheitsversorgung unzähliger Menschen, die in Armut leben.

Unterschiedliche Interessen

Die Industrieländer wollen den Abbau von Zöllen für Industriegüter durchsetzen. Die Entwicklungsländer schützen ihre Wirtschaft noch mit Einfuhrzöllen von durchschnittlich 30 Prozent. Bei der Forderung, die höchsten Zölle am stärksten zu senken, sind es folglich vor allem die Entwicklungsländer, die drastische Reduzierungen vornehmen müssen. Ob ihre jungen Industrien die plötzliche Konkurrenz durch die Industrieländer überleben, ist außerordentlich fraglich.

Nun wollen die 110 Entwicklungs- und Schwellenländer in der WTO gegenüber den Industriestaaten künftig mit einer Stimme sprechen. Sie wollen nur noch kollektive und keine individuellen Vorschläge mehr ma-

chen, damit sie nicht wie bisher gegeneinander ausgespielt werden können. In einer gemeinsamen Erklärung fordern die 110 Länder die Industriestaaten auf, ihre Agrarexportssubventionen „bis 2010 vollständig abzubauen“ und die handelsverzerrenden internen Beihilfen „deutlich zu verringern“. Noch immer erheben die Industrieländer auf Produkte aus Entwicklungsländern viermal höhere Zölle als auf Produkte aus anderen Industrieländern.

Die Industrieländer wollen aber ihren Agrarmarkt nur liberalisieren, wenn die Entwicklungsländer dafür den Markt für Dienstleistungen und Industriegüter öffnen, damit mehr Profite in die Kassen von multinationalen Konzernen gespült werden.

Keine großen Fortschritte

In der jüngsten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation, die vom 13. bis 18. Dezember 2005 in Hongkong stattfand, gab es erneut keinen Durchbruch für die Armutsbekämpfung. Fast alle Zugeständnisse der Industrieländer wurden an weit reichende Forderungen gekoppelt. Globalisierungskritische Organisationen haben die Konferenzergebnisse abgelehnt. Das Netzwerk attac erklärte, das längst überfällige Ende der Agrar-Exportsubventionen sei weit in die Zukunft verschoben worden, doch hätten die Entwicklungsländer gefährliche Weichenstellungen bei Zöllen und Dienstleistungen hinnehmen müssen. Die WTO-Krise dürfe außerdem nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die bestehenden Verträge weiterhin negativ auf Umwelt, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit auswirken.

Blick zurück**Mehr Chancengleichheit durch Europa**

Arbeitnehmerrechte werden abgebaut. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit scheinen soziale Errungenschaften an Bedeutung zu verlieren. Wer Arbeit hat, will sie behalten, wer welche sucht, ist froh sie zu finden – und schaut nicht zuerst auf die Bedingungen. Und doch sei daran erinnert, was schon lange EU-Recht ist – bald auch im so genannten Billiglohnland Polen, wohin Unternehmen aus Profitgier so gern abwandern: Vor 30 Jahren, am 9. Februar 1976, wurde - die „zweite Richtlinie zur Gleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen“ beschlossen. Es ging also nicht mehr „nur“ um Gleichbezahlung von Frauen- und Männerarbeit wie in der ersten Richtlinie, sondern auch um gleiche Zugangs- und Aufstiegschancen.

Schutz vor Benachteiligung

Eine Sorge europäischer Gewerkschafterinnen galt in diesem Zusammenhang dem Mutterschutz. Um ihn zu sichern, heißt es in der Richtlinie ausdrücklich, sie stünde „nicht den Vorschriften zum Schutz der Frau, insbesondere bei Schwangerschaft und Mutterschaft, entgegen“. Damit aber Frauen, weil sie eventuell Mütter werden könnten, nicht von vornherein aus dem Wettbewerb um Arbeitsplätze ausgeschlossen werden, legt die Richtlinie außerdem fest, „dass keine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung, insbesondere unter Bezugnahme auf den Ehe- oder Familienstand, erfolgen darf“. Frauen wissen allerdings, dass dieses Gebot sie vor Benachteiligung aufgrund ihrer

biologischen Fähigkeiten keineswegs immer bewahrt.

Hemmschuh Arbeitsschutz?

Es lag nahe, dass in Zusammenhang mit der Diskussion um den Mutterschutz in der zweiten EWG-Richtlinie (die Begriffe EG, dann EU wurden erst später eingeführt) auch andere Aspekte des Frauen-Arbeitsschutzes diskutiert wurden; denn es war klar: Die einst von der Gewerkschaftsbewegung zum Wohl von Arbeiterinnen mühsam erkämpften arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen konnten zur Durchsetzung von Gleichberechtigung am Arbeitsplatz auch als Hemmschuh wirken. Zudem waren etliche dieser Schutzbestimmungen Dank des technischen Fortschritts nicht mehr ganz aktuell. Die zweite ‚Frauen-Richtlinie‘ legte deshalb fest, dass der Frauen-Arbeitsschutz insgesamt auf die Notwendigkeit seines Fortbestehens überprüft werden sollte – eine Maßnahme, die innerhalb der Gewerkschaften durchaus umstritten war.

Ein weiterer, außerordentlich wichtiger Aspekt der vor drei Jahrzehnten verabschiedeten Richtlinie ist die Tatsache, dass sie nicht nur erwerbstätige Frauen betrifft; vielmehr muss seitdem der Grundsatz der Gleichbehandlung schon im Vorfeld angewendet werden, und zwar bereits beim „Zugang zu allen Arten und Stufen der Berufsberatung, der Berufsbildung, der beruflichen Weiterbildung und Umschulung“.

Klage gegen Deutschland

Die Vertreter der damals erst zwölf Mitgliedstaaten der Euro-

päischen Gemeinschaft, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland zählte, stimmten für Annahme dieser Richtlinie. Damit stimmten sie auch für die Verabschiedung nationaler Umsetzungsvorschriften binnen 30 Monaten. Die Bundesrepublik überschritt diesen Zeitrahmen erheblich – bei weitem nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal. Sie musste wieder und wieder ermahnt werden; die EG-Kommission leitete vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) schließlich ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein. Nicht nach 30 Monaten, sondern nach fünfeinhalb Jahren kam es hierzulande endlich zum so genannten arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetz (siehe *WdA* Nr. 20, S. 5). Mit ihm waren jedoch weder Gewerkschafterinnen noch die Kommission zufrieden. Es kam zu einer neuen EuGH-Klage gegen Deutschland. Doch die beklagte Bundesrepublik kam mit einer Rüge davon.

Anna Riedel

Erinnerung an Marie Juchacz

Vor 50 Jahren, am 28. Januar 1956, starb Marie Juchacz, die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt. Geboren 1879 in Landberg a.d. Warthe, verdiente sie ihren Lebensunterhalt als Dienstmädchen, Fabrikarbeiterin und Schneiderin. 1906 ging sie nach Berlin und trat der SPD bei. Nach Stationen in der politischen Frauen- und in der Fürsorgearbeit war sie von 1919, dem Gründungsjahr der Arbeiterwohlfahrt, bis 1933 Mitglied von Nationalversammlung und Reichstag und gehörte auch dem SPD-Parteivorstand an, bis sie emigrieren musste. Von New York aus koordinierte sie nach Kriegsende Hilfsaktionen für Deutschland. 1949 kehrte sie in die Heimat zurück.

A.R.

SPD kein verlässlicher Partner

Die SPD ist für Gewerkschaften kein verlässlicher Partner. Wenn es ernst wird, entscheiden sich die Herrschaften in der Partei für den neoliberalen Zeitgeist, zum Beispiel bei der Finanzierung der beruflichen Erstausbildung. „Es wird keine Abgabe geben. Die Entscheidung ist politisch eindeutig gefällt“, tönte Arbeitsminister Franz Müntefering nach Beratungen über die Lehrstellenangebote. Der gescheiterte „Ausbildungspakt“ zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft soll um drei Jahre verlängert werden. Im Wahlkampf 1998 trat die SPD noch mit der Forderung nach einer Umlagefinanzierung an.

Handwerk, Handel und Industrie behaupten, im vergangenen Jahr

63.400 „neue“ Ausbildungsplätze geschaffen zu haben. Rund 40.000 Betriebe wurden angeblich erstmals für die Ausbildung gewonnen. Unter dem Strich steht aber bei den Lehrstellenverträgen ein Minus von vier Prozent, da viele bisherige Ausbildungsstellen gestrichen wurden. Der Verlust fiel im Handwerk mit 6,7 Prozent am stärksten aus. Fast 30.000 Jugendliche sind im vergangenen Jahr unversorgt geblieben. Es werden zurzeit mindestens 100.000 zusätzliche Ausbildungsstellen benötigt.

Die Gewerkschaften erklären den „Ausbildungspakt“ für gescheitert. Trotz aller Versuche, die bittere Wahrheit durch statistische Tricks zu verschleiern, haben wir es mit der schlechtesten Bilanz der ver-

gangenen zehn Jahre zu tun. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe hat weiter abgenommen. Inzwischen schließt nicht einmal mehr ein Viertel der Betriebe Ausbildungsverträge ab.

Gewerkschaften und Linksfraktion im Bundestag fordern nachdrücklich eine Umlage, die einen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben herstellen soll. Die Regierungsparteien lehnen diese Forderung strikt ab. Stattdessen sollen der „Ausbildungspakt“ verlängert und die Kosten für die Betriebe weiter gesenkt werden. So wünschen die „Bildungsexperten“ der Union mehr „Flexibilität“ bei den Ausbildungsvergütungen und die Beseitigung „gesetzlicher Ausbildungshemmnisse“ beispielsweise bei der Nacharbeit für Auszubildende im Gaststättengewerbe.

Die Kriegspolitik der USA

Ist seit dem Jahr 1945 eine Geschichte imperialistischer Kolonialkriege mit Tausenden von Opfern. Der Irak-Krieg ist das jüngste, aber bei weitem nicht das einzige Beispiel für die Missachtung des Völkerrechts und der Menschenrechtskonvention durch US-Regierungen. Erinnerung sei unter anderem an Vietnam, Chile, Nicaragua, Panama und die Zusammenarbeit mit kriminellen Regimes in aller Welt. Unter dem Titel **Inferno der Gewalt** wird der gegenwärtige US-Imperialismus dargestellt, analysiert und verurteilt: Die Regierung der USA wird der von ihr beanspruchten Führungsrolle als Weltmacht nicht gerecht. Sie ist vielmehr zur größten Gefahr für den Weltfrieden geworden. Bush und seine Komplizen haben die Führung auf dem Weg in die Barbarei übernommen.

Die Analyse ist nachzulesen auf der Website der *Welt der Arbeit*:

www.weltderarbeit.de

Wieder Exportweltmeister

Produkte und Dienstleistungen aus Deutschland waren auch im vergangenen Jahr weltweit stark gefragt. Mit rund 160,5 Milliarden Euro Handelsbilanzüberschuss wurde schon wieder ein Rekordwert erreicht. Deutschland wurde erneut Exportweltmeister!

Nach der Handelsstatistik der Welthandelsorganisation (WTO) war Deutschland mit einem Marktanteil von zehn Prozent schon im Jahr zuvor die Nummer eins. Auf dem zweiten Platz lagen die USA mit 8,9 Prozent, auf dem dritten Rang folgte China mit 6,5 Prozent.

Nach Schätzungen des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) werden in diesem Jahr die Exporte um sieben und die Importe um acht Prozent steigen. Das beweist: Die

internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist überragend!

Das Bruttoinlandsprodukt der deutschen Volkswirtschaft wird in diesem Jahr nach BGA-Prognose um 1,5 Prozent wachsen. Motor der Konjunktur sei die Exportdynamik. „Wie kaum ein anderes Land profitiert Deutschland von der im dritten Jahr robust wachsenden Weltkonjunktur. Wir sind und bleiben die Gewinner der Globalisierung“, erklärte in einer Pressemitteilung Anton F. Börner, Präsident des BGA. Trotz der günstigen konjunkturellen Entwicklung wird nach seiner Einschätzung die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in diesem Jahr um weitere 250.000 bis 300.000 sinken. Nach Umfragen werden 90 Prozent der Unternehmen auf absehbare Zeit in Deutschland keine Neuinvestitionen tätigen und keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

Schuldenerlass mit Fallstricken

Die Überschuldung vieler armer Länder zwingt deren Regierungen zu dramatischen Einsparungen, so dass die ohnehin prekäre soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit zusätzlich verschärft wird. Knappe staatliche Einnahmen müssen vorrangig für den Schuldendienst aufgewandt werden und stehen nicht für Investitionen und dringend benötigte Importe, wie Medikamente, Nahrungsmittel oder Produktionsmittel zur Verfügung.

Die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer beträgt über 2.000 Milliarden Dollar. Die Weltbank schätzt 50 Länder als hoch verschuldet ein. Nach UNO-Angaben brauchen sogar über 60 Länder einen hundertprozentigen Erlass aller ihrer Schulden, um auch nur die Internationalen Entwicklungsziele zur Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird auf Vorschlag der G-8-Länder 19 der ärmsten Länder der Welt deren gesamte Schulden erlassen.

Das sind insgesamt 3,3 Milliarden US-Dollar oder 2,8 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der Nettogewinn der deutschen Telekom betrug im vergangenen Jahr bereits nach neun Monaten 4,4 Milliarden Euro.

Den Schuldenerlass gibt es allerdings nicht „umsonst“; denn die betreffenden Länder müssen vorher eine „vernünftige Wirtschaftspolitik“ und „gute Regierungsführung“ nachweisen. In diesem Rahmen müssen die Strukturanpassungsmaßnahmen von IWF und Weltbank durchgeführt sein, und zwar mit hoch umstrittenen Politikvorgaben wie Liberalisierung des Handels und des Finanzsystems, rigiden Sparvorgaben für die öffentlichen Haushalte, Lohnkürzungen, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie Privatisierung von öffentlichen Unternehmen. Damit sollen die Entwicklungsländer auf einen hochprofitablen Kapitalismus vorbereitet werden.

Die Bekämpfung der Armut ist für die Konzerne und ihre Interessenvertreter lediglich Mittel zum Zweck. Die Bedürfnisse der Menschen sind zweitrangig.

* * * *

Buchtipps

Thomas Leif / Rudolf Speth

Die stille Macht

Lobbyismus in Deutschland
VS Verlag für Sozialwissenschaften, 385 Seiten, 32,90 €

Die aktuelle Diskussion über den nahtlosen Übergang von Politikern zu Wirtschaftsunternehmen illustriert nach Auffassung des Publizisten Thomas Leif, dass die Grenzen zwischen gewählten Mandatsträgern im Parlament und bezahlten Lobbyisten in der Wirtschaft immer mehr verschwimmen. „Der

Lobbyismus entwickelt sich in Deutschland zunehmend zu einer Politik bestimmenden Kraft, einer Macht ohne Legitimation“ – das ist die Kernaussage dieses umfangreichen Sachbuches. In zahlreichen Fallstudien und Interviews wird die Praxis der Lobbyisten in Berlin und Brüssel dokumentiert und analysiert. Erstmals werden bisher unbekannte Einflusszonen aufgedeckt, die wichtigsten Akteure und ihre Machttechniken beschrieben. Die Macht der „Fünften Gewalt“ wird mit diesem Buch transparenter – ein Hintergrunddossier und gleichzeitig ein wichtiges Kapitel verschwiegener Sozialkunde.

Kommentar

Rente

An der gesetzlichen Rente ist nur eines sicher: Es gibt weder reale Steigerungen noch wenigstens einen Inflationsausgleich. Stattdessen soll gespart werden. Arbeitnehmer sollen länger erwerbstätig sein und erhalten dafür weniger Geld. So ist das in vielen Betrieben schon üblich. Eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre bedeutet in den meisten Fällen nichts anderes als eine Verlängerung der Arbeitslosigkeit und eine Rentenkürzung. Bereits in der Vergangenheit sind Rentnerinnen und Rentner stark belastet worden. Sie sind nicht die Verursacher der maroden Rentenkassen. Der Staat hat sich jahrzehntelang auf Kosten der Rentenversicherung entlastet, indem er dieser immer mehr versicherungsfremde Leistungen übertrug. Aber das beeindruckt die Politiker nicht; ihre privilegierte Altersversorgung steht ja auch nicht zur Debatte. Sie genehmigen sich ohne Eigenleistungen, nämlich auf Kosten der Steuerzahler, Pensionen, für die Arbeitnehmer über 100 Jahre schufften müssten. Das ist ein Skandal!

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. - Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.